

Medienmitteilung

Parolenfassung für die Abstimmungen vom 24. September und 25. November 2018

NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative und zu den beiden Agrarinitiativen

Die Bernische Gewerbekammer erteilt allen drei Abschottungsvorlagen eine deutliche Absage: Sie sagt grossmehrheitlich NEIN zur unnötigen und schädlichen «Selbstbestimmungsinitiative» und NEIN zu den beiden Agrarvorlagen.

Am 23. September 2018 stehen mit der «Fair-Food-» und der «Ernährungssouveränitätsinitiative» gleich zwei wichtige agrarpolitische Vorlagen gleichzeitig auf der Agenda. Am 25. November 2018 stimmt die Schweiz über die KMU-relevante Selbstbestimmungsinitiative ab.

Unnötig und schädlich für die ganze Schweiz: NEIN zur Selbstbestimmungsinitiative

Die Bernische Gewerbekammer lehnt die Selbstbestimmungsinitiative mit 34 NEIN- zu 25 JA-Stimmen (6 Enthaltungen) ab. BDP-Nationalrat Hans Grunder zeigte die wirtschaftsrelevanten Gründe für ein NEIN auf. «Die Initiative schadet der ganzen Schweiz. Unser Wohlstand hängt davon ab, dass unsere Unternehmen heute und auch morgen Zugang zu möglichst vielen Ländern auf der ganzen Welt haben und nicht isoliert sind. Die Initiative schafft Unsicherheit, was Gift für unseren Wirtschaftsstandort ist, zerstört einen wichtigen Eckpfeiler unseres Erfolgsmodells – nämlich den guten Ruf der Schweiz als verlässliche Vertragspartnerin – und bewirtschaftet ein Problem, das es gar nicht gibt, denn schon heute schliesst die Schweiz keine verfassungswidrigen Verträge ab». SVP-Nationalrat Adrian Amstutz betonte vergeblich, dass die Selbstbestimmungsinitiative genau das Gegenteil bezwecke: «Der schleichenden Entmachtung der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger durch sogenannt internationales Recht gilt es Einhalt zu gebieten. Die Zukunft der Schweiz darf nicht von fremden Richtern und politischen Eliten bestimmt werden. Abstimmungs-Ergebnisse dürfen nicht zur Schein-Selbstbestimmung verkommen und das Schweizer Stimmvolk muss das letzte Wort haben, nur so können wir die direkte Demokratie bewahren».

Protektionistisch und schädlich: NEIN zur FairFood- und Ernährungssouveränitäts-Initiative

Einig war sich die Gewerbekammer bei den beiden Agrarvorlagen: Das Parlament von Berner KMU lehnt beide Initiativen grossmehrheitlich ab, da sie die ökologischen und sozialen Anforderungen an die landwirtschaftliche Lebensmittel-Produktion mit einschneidenden gesetzlichen Vorschriften drastisch erhöhen und zur Umsetzung protektionistische Instrumente in die Verfassung schreiben wollen. Auch diese beiden Initiativen sind eigentliche Abschottungsvorlagen: Sie führen zu grossen Handelshemmnissen und torpedieren internationales Handelsrecht. Das schadet insbesondere der Schweizer Exportwirtschaft – und damit auch den tausenden Zulieferbetrieben und Gewerbetreibenden. Die Schweizer Wirtschaft verkauft einen grossen Teil ihrer Produkte im Ausland. Die Exportindustrie überzeugt ihre weltweiten Kunden mit Spitzentechnologie. Beinahe jeder zweite Franken wird im Ausland verdient. Davon profitiert die ganze Schweiz. Die Exportwirtschaft bietet hochqualifizierte Arbeits- und Ausbildungsplätze. Das Gleiche gilt für die hunderttausenden Zulieferbetriebe, welche mit der erfolgreichen Exportwirtschaft verbunden sind. Auch sie bieten viele tausende Arbeitsplätze und bilden wiederum selber unzählige Lernende aus. Das sind Hersteller von Komponenten, der lokale Bäcker, der örtliche Garagist oder der Schreiner aus dem Nachbardorf.

Die Veloweg-Initiative lehnt Berner KMU mit 52 Nein- zu 7 Ja-Stimmen (bei 7 Enthaltungen) ab.

Für zusätzliche Auskünfte:

Christoph Erb, Direktor Berner KMU, 079 215 34 66

Toni Lenz, Präsident Berner KMU, 079 651 35 42

14. August 2018